

US-Kinderärzte warnen vor Delta-Variante

Bisher waren schwere Covid-19-Verläufe bei Kindern selten – die nun dominierende Mutante ist aber infektiöser

MICHELE COVIELLO

Das Coronavirus sorgt seit anderthalb Jahren für schlechte Nachrichten. Eine gute im Zusammenhang mit Covid-19 bleibt: Kinder sind kaum von schweren Verläufen betroffen. Seit Pandemiebeginn mussten in der Schweiz von 0- bis 9-Jährigen rund 300 im Krankenhaus behandelt werden, von 10- bis 19-jährigen Jugendlichen weitere 170. Unter den insgesamt rund 10 400 Toten in der gesamten Schweizer Bevölkerung waren drei Minderjährige. In den vergangenen vier Wochen wurden fünf Kinder unter 10 Jahren und zwei Teenager in ein Spital eingewiesen.

Nun kommen allerdings aus den Vereinigten Staaten Warnrufe wegen der Delta-Variante. Das ursprüngliche Coronavirus übertrug sich etwas leichter als eine gewöhnliche Grippe. Die in Indien entdeckte Mutante verbreitet sich aber so schnell wie die hochinfektösen Windpocken. Sie macht Kinder nicht schwerer krank. Aber sie steckt offenbar nicht nur die Erwachsenen häufiger an, sondern auch Minderjährige. In den USA zeichnet sich bereits ein Anstieg solcher Fälle ab. Heather Haq, leitende Kinderärztin am Texas Medical Center in Houston, schreibt in einem Gastbeitrag in der «Washington Post»: «Ich mache mir mehr Sorgen um die Kinder als je zuvor.» Sie beobachtet, wie mehr Minderjährige wegen Covid-19 ins Krankenhaus kommen. Zahlen untermauern ihren Alarm. Laut der American Academy of Pediatrics machten Corona-Infektionen von Kindern in den USA seit Pandemiebeginn 14,3 Prozent aller Fälle aus. In der letzten Juli-Woche betrug der Kinderanteil 19 Prozent.

Berset erwartet Tests an Schulen

Ein ähnliches Bild könnte sich in der Schweiz abzeichnen. Christoph Berger, Chef der Schweizer Impfkommision und Leiter des Mikrobiologie-Labors des Kinderspitals Zürich, sagt: «Die Delta-Variante wird nun auch viele Kinder treffen, wobei schwere Erkrankungen selten bleiben dürften.»

Selten, aber möglicherweise häufiger. Denn mehr Fälle bedeuten auch potenziell mehr schwere Verläufe. Das wirft die Frage auf, wie die Politik auf diese Prognosen reagieren wird. Die Schweiz ist zerrissen zwischen Öffnen oder nicht öffnen, impfen oder sich weigern, sich ausweisen müssen oder sich frei fühlen wollen. Und in der ganzen Diskussion geht oft eine Gruppe vergessen: die Kinder. Unter 12-Jährige können noch nicht über eine Impfung geschützt werden. Nun aber könnten sie das Virus weiterverbreiten. Ende Juni hatte Gesundheitsminister Alain Berset klargemacht, dass er von den Kantonen nach den Sommerferien regelmässige Tests an Schulen erwarte. «Das ist von zentraler Bedeutung», sagte er. Die Erziehungsdirektoren



Kinder stecken sich in den USA wegen der Delta-Variante derzeit häufiger an. Im Bild ein Schulbus in New York. CARLO ALLEGRI / REUTERS

rinnen und -direktoren waren brüskiert über diese Forderung, die die kantonalen Kompetenzen tangiert. Sie reagierten mit einem bösen Brief an den Bund.

Bald ist es so weit, und die Türen der Klassenzimmer öffnen sich wieder. Eine einheitliche Linie im Land ist nicht zu sehen. Die Kantone Bern und Zug etwa werden in den ersten drei Wochen nach den Schulferien ihre Reihentests beibehalten, um festzustellen, ob Schülerinnen und Schüler das Virus aus den Ferien eingeschleppt haben. In Basel-Land werden Schüler und Lehrer einmal die Woche getestet, in Graubünden können die Schulen selber entscheiden. Den Aargauern fehlt schlicht das Material dazu. Es soll erst ab dem 16. August eintreffen. Davor will der Lehrerverband eine Maskenpflicht – eine Forderung, die das Aargauer Bildungsdepartement als unbegründet zurückweist.

Weniger Fälle als in den USA

Das alles passt ins Bild. Die Schweiz und ihre Schulen gingen im Vergleich zum Ausland sehr liberal mit dem Virus um. Bis auf den Lockdown im Frühling 2020 blieb der Präsenzunterricht gerade für die Jüngeren bestehen, während in Italien, Deutschland oder Grossbritannien monatelang niemand einen Fuss in ein Klassenzimmer setzen durfte.

Diesen Aspekt schätzen auch Mediziner wie Henrik Köhler, Chefarzt und

Leiter der Klinik für Kinder und Jugendliche am Kantonsspital Aarau. Er sagt: «Das hat den Schweizer Kindern sowohl sozial gut getan wie auch bezüglich ihres Bildungsstandards, bei dem sich weniger Lücken aufgetan haben.»

Der Umgang in den Schulen war letztlich verhältnismässig. Die Schweizer Kinderkliniken hatten kaum Corona-Notfälle. «Selbst zu Spitzenzeiten der letzten Wellen hatten wir nur eine überschaubare Anzahl an stationären Kindern», sagt Köhler. Schweizer Kinder mussten auch seltener als die amerikanischen eingewiesen werden. Wieso, darüber kann Köhler nur spekulieren. Einen möglichen Grund sieht er in den tendenziell stärker von Übergewicht betroffenen Kindern in Amerika und allenfalls in den Vorgaben zur stationären Behandlung.

Auch jetzt zeichnet sich in der Schweiz kein Trend zu steigenden Hospitalisationen von Knaben und Mädchen ab. «Mit der Delta-Variante sehe ich aber schon ein Risiko für einen Anstieg», sagt Köhler, «momentan denke ich nicht, dass daraus viele schwere Erkrankungen entstehen, aber die absolute Anzahl an Hospitalisierungen von Kindern dürfte dennoch steigen.» Wo die Schweiz steht, wird man erst in den zwei Monaten nach den Ferien sehen. Stand heute hält Köhler die Flächentests für nicht einfach umsetzbar. «Es scheint mir aber für den Schulbetrieb vorteilhaft und wünschenswert, wenn Testmöglichkeiten angeboten und wahrgenommen werden», sagt er.

An den kantonalen Mittelschulen im Aargau sollen noch im August Impfungen möglich sein. «Das ist nochmals ein wichtiger Schritt zu einem niederschweligen Impfzugang und damit breiterem Schutz.» Auf jeden Fall sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um genau diese Diskussion zu führen, sagt Köhler: «Wie können wir schnell bei Ausbrüchen reagieren?» Denn auch Kinder können schwer erkranken oder an lang anhaltenden Symptomen leiden. Mit Letzteren mussten sich die Spezialisten am Berner Inselspital eher als mit akuten Fällen beschäftigen. Philipp Agyeman, Oberarzt der Kinderinfektiologie, berichtet von mehreren Behandlungen des pädiatrischen multisystemischen inflammatorischen Syndroms (Pims). Schweizweit sind bisher mindestens 150 Kinder und Jugendliche daran erkrankt.

Von Pims Betroffene zeigen nur leichte Corona-Symptome, können das Virus aber länger nicht vollständig bekämpfen. Der Körper reagiert mit einer Entzündung verschiedener Organe. Todesfälle gab es in der Schweiz bisher keine, in Amerika starben rund 2 Prozent der daran erkrankten Kinder. «Es ist schwer vorzusagen, ob die Delta-Variante tatsächlich mehr Spitaleinweisungen nach sich ziehen wird», sagt Agyeman. «Möglich ist es, womit auch Pims-Fälle häufiger werden könnten.»

Die gute Nachricht bleibt: Anzeichen gibt es noch keine dafür. Die Warnrufe aus Amerika ausgeklammert.

Eine Dreierspitze als Ausweg

Die Bundesanwaltschaft soll neu aufgestellt werden

DANIEL GERNY

Vor über einem Jahr trat der frühere Bundesanwalt Michael Lauber nach massivem Druck infolge mehrerer inoffizieller Treffen mit dem Fifa-Boss Gianni Infantino zurück. Die Politik hatte zuvor unmissverständlich klargemacht, dass sie sich einen Neustart an der Spitze der Ermittlungsbehörde des Bundes wünscht. Zu sehr litt der Ruf der Schweiz unter der Affäre um Lauber.

Ein Jahr später wird deutlich: Dieser Neustart ist deutlich misslungen. Die Gerichtskommission (GK) der eidgenössischen Räte musste die Stelle für den Topjob vor der Sommerpause bereits zum dritten Mal ausschreiben. Denn Schwergewichte, denen die Führung der Bundesanwaltschaft zugetraut worden wäre, hatten keine Lust auf den Verschleissjob. Und Bewerber, die sich auf die Ausschreibung gemeldet hatten, genügten den Anforderungen der GK nicht. Zudem gelang es dieser nicht, die Stellensuche mit der nötigen Diskretion voranzutreiben.

Trotz den Pannen soll die Wahl des Bundesanwaltes bis spätestens Ende Jahr über die Bühne gehen. Das jedenfalls hofft die GK. Deren Präsident, Ständerat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, fdp.), wollte sich auf Anfrage nicht zum gegenwärtigen Stand des Verfahrens äussern. Die GK werde zu gegebenem Zeitpunkt informieren.

Konzentrierte Kompetenzen

Jetzt bringen zwei Juristen einen neuen Vorschlag ins Spiel: Die Bundesanwaltschaft soll laut diesem Modell künftig nicht mehr von einem einzigen Topmanager an der Spitze, sondern von einem Kollektiv geführt werden. Dies schlagen der Staatsrechtsprofessor Benjamin Schindler von der Universität St. Gallen und der Strafrechtsprofessor Christopher Geth von der Universität Basel in einem Gutachten zuhanden der Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte vor.

Heute seien alle wesentlichen Kompetenzen stark konzentriert, schreiben sie: Die Person an der Spitze führe die Bundesanwaltschaft, könne allen Mitarbeitenden umfassende Weisungen erteilen, und sie wähle die Staatsanwältinnen und -anwälte des Bundes. Gleichzeitig sei der Bundesanwalt nach aussen hin wegen der medienträchtigen und international beachteten Fälle äusserst exponiert. Diese Ballung würde durch eine Anpassung der internen Struktur abgefedert.

Nur noch Primus inter pares

Konkret schlagen sie eine Dreierspitze vor, bei dem sich drei gleichberechtigte Personen die Leitung der Bundesanwaltschaft teilen würden. Strategische Entschiede würden in diesem Gremium gemeinsam gefällt. Zwar sähe ein solches Modell ebenfalls einen leitenden oder ersten Bundesanwalt vor. Doch dieser wäre bloss Primus inter Pares, vergleichbar mit der Rolle des Bundespräsidenten. Wie im Bundesrat soll diese Funktion auch bei der obersten Strafverfolgungsbehörde des Bundes zeitlich rotieren, schlagen Schindler und Geth vor.

Offen lassen sie, wer für die Wahl des Gremiums zuständig sein soll. Heute werden der Bundesanwalt sowie seine beiden Stellvertreter durch das Parlament gewählt, doch inzwischen steht diese Zuständigkeit zur Diskussion. Möglich wäre es auch, dass der Bundesrat die Spitze der Bundesanwaltschaft bestimmt – so wie dies bei 2011 der Fall war. Das könnte zu einer Entpolitisierung des Amtes führen, lautet die Argumentation.

Gleich mehrere Kommissionen fassen sich deshalb derzeit mit der Organisationsstruktur der Bundesanwaltschaft. Neben der Gerichtskommission, die die Nachfolge von Lauber vorbereitet, liegt das Thema bei den Geschäftsprüfungskommissionen. Und auch die Rechtskommissionen (RK) sind involviert. Diese Woche befasst sich die RK des Ständerates mit dem Dossier.

CO₂-Messgeräte für jedes Klassenzimmer

Von den Apparaten verspricht sich der Lehrerverband trotz Corona einen reibungslosen Unterricht

CHRISTOF FORSTER, BERN

Die Lehrerinnen und Lehrer möchten, dass Kinder und Jugendliche den Schulalltag möglichst normal erleben. Dabei ist das, was ausserhalb des Klassenzimmers stattfindet, ebenso wichtig. Es sei zentral, dass Exkursionen, Schullager sowie Firmen- und Museumsbesuche wieder vermehrt stattfinden könnten, sagte Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer am Montag an einer Medienkonferenz. Erlebnisse in Gruppen, soziale Kontakte und Erfahrungen ausserhalb der Schule seien für die Entwicklung junger Menschen wesentlich. Nach eineinhalb Jahren Pandemie bestehe ein grosser Nachholbedarf. Dabei machte der Verband Werbung für ein Anliegen, das nichts mit der Pan-

demie zu tun hat. Er möchte, dass der Bund Schulklassen vergünstigte Tageskarten finanziert. Die Verkehrskommission des Nationalrats behandelt dazu diese Woche gleichlautende Vorstösse von SP, Grünen, Mitte und FDP. Demnach sollen die Transportunternehmen verpflichtet werden, Schulklassen Tageskarten für 5 Franken anzubieten.

Um einen reibungslosen und entspannten Unterricht zu gewährleisten, kommt der Verband mit neuen Forderungen. So sollen die Klassenzimmer mit CO₂-Messgeräten ausgestattet werden, und zwar noch in diesem Jahr. Solche Geräte kosten zwischen 100 und 400 Franken. Die Pandemie hat zwar bereits dazu geführt, dass in Schulen häufiger gelüftet wird. Doch gerade in der kalten Jahreszeit war das häufige Öffnen der Fenster eine Belastung für die Schü-

lerinnen und Schüler. Die CO₂-Messgeräte erlauben laut Peterhans ein gezielteres Lüften der Räume.

Der Verband verwies überdies auf Studien, die den Zusammenhang zwischen CO₂-Gehalt der Luft und Schülerleistungen aufgezeigt hätten. Bessere Luft werde Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern. Weil die Luftqualität auch vom Alter und von der Bauweise der Schulgebäude abhängt, reiche es nicht, regelmässig die Fenster zu öffnen. Der Verband sieht in der Installation der Messgeräte einen wichtigen Schritt in der grundsätzlichen Verbesserung der Luftqualität in den Klassenzimmern auch über die Pandemie hinaus.

Kontrovers diskutiert werden derzeit die Corona-Massentests an den Schulen. Der Verband der Schulleiterinnen

und Schulleiter hält solche Tests derzeit für unnötig, wie deren Präsident in der «NZZ am Sonntag» sagte. Der Aufwand sei zu gross, weil damit kaum verdeckte Fälle entdeckt würden, sagte Thomas Minder. Regelmässig Tests könnten dann notwendig werden, falls sich die Lage weiter zuspitzen sollte.

Die gegenteilige Meinung vertritt der Lehrerverband. Massentests seien eine Massnahme, um einen normalen Schulalltag zu gewährleisten. «Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Tests den Schulalltag stark beruhigt haben», sagt Peterhans. Die Tests benötigten sehr wenig Zeit.

Eng verfolgt der Verband die Diskussionen über eine Auffrischimpfung. Wenn diese in der Schweiz zugelassen wird, möchte er einen Vorrang für die Lehrerinnen und Lehrer.